

## **GEW weitet Warnstreiks aus: Hochschul- und Stadtstaatenstreiks in dieser Woche. Warnstreik Bildung am 28. November 2023 „Wir erwarten ein Angebot der Arbeitgeber!“**

Die Gewerkschaften verhandeln seit dem 26. Oktober 2023 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über eine Gehaltserhöhung für die Tarifbeschäftigten im Geltungsbereich des TV-L. Bislang haben die Arbeitgeber gar kein Angebot vorgelegt und die Forderungen komplett abgelehnt. Die GEW weitet daher ihre Warnstreiks aus.

Bereits heute, am Montag, 20. November, fand ein **Hochschulaktionstag und Warnstreik** statt. Zugleich rief an diesem Tag ein bundesweites Bündnis aus Gewerkschaften, Initiativen, Studierendenvertretungen und hochschulpolitischen Organisationen in über 35 Städten zu einem bundesweiten Hochschulaktionstag auf. In Hamburg fand eine Kundgebung für alle Hamburger Hochschulen auf dem Campus der Uni Hamburg mit Frühstück, Getränken und Livemusik statt. Um 12 Uhr wurde zur Finanzbehörde am Gänsemarkt demonstriert.

### **Die Planungen für diese Woche:**

Am **Dienstag, 21. November** findet ein **Jugend-Warnstreik** statt (hier ruft die GEW ausschließlich die studentischen Beschäftigten an den Hochschulen auf). Geplant ist:

- 9 Uhr: TV Stud Frühstück im Café Knallhart auf dem Hauptcampus der Uni
- 11 Uhr: Kundgebung am DGB Gewerkschaftshaus, mit anschließender Demonstration zur Finanzbehörde am Gänsemarkt

Am **Mittwoch, 22. November** findet ein **Stadtstaaten-Warnstreik** statt. Der Hintergrund: In den Ländern Bremen, Berlin und Hamburg übernehmen die Landesbeschäftigten (TV-L) auch kommunale Aufgaben, z. B. die Schulsozialarbeit und die Ganztagsbetreuung an den Hamburger Schulen und die Arbeit in den Kitas in Berlin. In Flächenländern übernehmen die Kommunen diese Aufgaben. Landesbeschäftigte erhaltenen allerdings für die gleiche Arbeit weniger Gehalt als Kolleg\*innen, die diese Aufgaben in den Städten und Gemeinden ausüben. Dort gilt ein anderer Tarifvertrag, der Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVÖD) mit höheren Gehältern. Für die gleichen Aufgaben erhalten Landesbeschäftigte in Stadtstaaten weniger Geld. Das ist ungerecht und führt dazu, dass Fachkräfte ins Umland abwandern oder sich andere Arbeitgeber suchen. Der Ablauf:

- 10 Uhr: Kundgebung am DGB-Gewerkschaftshaus
- 12 Uhr: Demo durch die Innenstadt
- 12:30: Abschlusskundgebung

„Von den Herausforderungen der Integration bis hin zu den Aufgaben der Transformation - die Mitarbeiter\*innen des öffentlichen Dienstes sind systemrelevant, um diese Probleme zu lösen. Wie das gehen soll, wenn die Löhne und Gehälter so weit hinter denen der Privatwirtschaft hinterherhinken – und erst recht in einer Stadt wie Hamburg im Vergleich zu Pinneberg – weiß ich wirklich nicht. Deshalb brauchen wir einen Stadt-Staat-Zuschlag! Und deswegen brauchen wir 10,5 Prozent!“, so **Nick Strauss**, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der GEW Bund für den Bereich Finanzen.

### Die Planungen für **Donnerstag, 23. November:**

- 9:30 Uhr: Bürgerhaus Wilhelmsburg (12 Gehminuten von S-Wilhelmsburg)
- im Anschluss: Demonstration

„Der Tarifabschluss TVöD hat gut vorgelegt. Die Kolleg\*innen an den Kitas der Elbkinder oder des Hamburgischen Schulvereins verdienen wesentlich besser als wir Erzieher\*innen an Schulen. Das macht mich sauer, denn für uns sind die Lebenshaltungskosten in Hamburg genauso hoch. Im schulischen Ganztags arbeiten wir manchmal Seite an Seite mit den Kolleg\*innen. Dass wir dafür nicht das gleiche Geld kriegen, ist einfach nicht fair. Bei dem akuten Fachkräftemangel werden jetzt sicher viele von uns überlegen, an entsprechende Träger zu wechseln oder aber ins Umland zu gehen, wo der Tarifvertrag für die Kommunen gilt,“ so **Daniel Heitmann**, Erzieher an einer Schule in Hamburg.

### Hintergrund

In der Tarifrunde für den im öffentlichen Dienst der Länder fordern die Gewerkschaften kräftige Gehaltserhöhungen für die Beschäftigten. Dabei geht es um die allgemeine Lohnerhöhung für rund 2,5 Millionen Beschäftigte bei den Bundesländern. Die dritte und voraussichtlich letzte Runde vom 7. und 8. Dezember statt.

Das fordern die Gewerkschaften:

- 10,5 Prozent mehr Gehalt – mindestens 500 €
- 200 € monatlich mehr für alle in Ausbildung
- Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TV Stud)

### Rückfragen:

Bodo Haß, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg, 0170 – 7076933

Birgit Rettmer, Tarifexpertin der GEW Hamburg, 0151 - 16128471